Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Bezugspreis:** 55 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter-Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen-Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Verlag:** Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Schriftleitung:** Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 25 — **Halle (S.), 19. Juni 1926** — **2. Jahrgang**

Pan-Europa.

Eine Fata morgana — Brasiliens Austritt aus dem Völkerbunde — Washington billigt es — Senator Borah — Kündigungsgelüste in China und Persien — Auflösungsprozeß? — Selbstzerfleischung Europas — Der schweizerisch-italienische Konflikt — Der englisch-russische Streit — Zurück zu Locarno — Kabinettskrisen in Wien und Prag — Polnisches Drüber und Drunter — Der Sturz Briands — Währungszerfall — Dem Volksentscheid entgegen — Zentrums-Disziplin — Herr Marx.

Nur ganz zaghaft hat sich das Schlagwort Pan-Europa in die öffentliche Erörterung hineingedrängt. Es ist das Ideal von übermorgen und sicher ein Gedanke, der in der Zukunft nicht aus der leidenschaftlichen Begeisterung der Völker, sondern unter dem eisernen Zwang der Notwendigkeiten einmal Formen gewinnen kann. Heute ist er nur eine Fata morgana, die am Himmel auftaucht und wieder verschwindet. Wenn man trotzdem ihm einige Worte zu widmen hat, so geschieht es, weil dieser Gedanke plötzlich mit einem negativen Vorzeichen zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Nicht die Völker des alten Kontinents haben plötzlich die sittliche Kraft gewonnen, sich über ihre Streitigkeiten zu erheben, und das Gemeinsame bewußt und deutlich zu betonen, sondern umgekehrt, die übrigen Erdteile stoßen Europa geradezu gewaltsam in eine Selbstbesinnung hinein, die vielleicht einmal Folgen haben wird. Vielleicht nicht sicher. Jedenfalls geht von Genf heute ein Serpentinweg in ungezählten Windungen auf die Höhe, auf der einsam dann Europa tronen wird.

Der Austritt Brasiliens aus dem Völkerbunde kann nicht gleichgültig aufgenommen werden. Gewiß, auch Argentinien hat vor nicht zu langer Zeit den gleichen Schritt getan und trotzdem jetzt den Rückweg gefunden, aber die neue Krise greift tiefer, sie greift an die Wurzeln der ganzen mühsam genug geschaffenen Einrichtung in Genf. Es ist nicht nur Herr Borah, der unermüdliche Vorkämpfer gegen die Beteiligung der Vereinigten Staaten an Völkerbund und Weltschiedsgerichtshof, sondern auch die Washingtoner Regierung selbst, die zum mindesten dem Verhalten Brasiliens freundlichen Beifall spendet. Borah leidete seine Anschauungen in die Worte, Pan-Amerika habe am Genfer See nichts zu suchen. Dort solle Europa seine eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung ordnen. Das ist die alte Manroe-Doktrin, die in neuer Form Leben gewinnt. Sie ist in der Tat der schärfste Gegensatz zu jenen Akten, die in Versailles unter Mitarbeit Wilsons fertiggestellt und dann vom Volke der Union verworfen wurden. Amerika den Amerikanern, wie jene Parole lautet, heißt zugleich: Neutralität gegenüber dem heimatverdeist Europa. Diese Bewegung wächst zusehens. Man darf bei uns nicht vergessen, daß amerikanisches Siegesgefühl, genährt noch durch die überlegene wirtschaftliche Kraft, und den ungeheuren Reichtum an Bodenschätzen, diesen Kontinent immer als etwas nachgeordnetes empfindet. Ein mitleidiges Lächeln, gemildert durch die Erkenntnis, daß man Deutschland, Frankreich, Italien — England sieht man nicht als europäische Macht, sondern als Weltstaat an — als Käufer braucht.

Brasiliens Austritt kann sehr wohl das ganze Gehege erschüttern, kann es namentlich, wenn ein Druck von Washington auch andere südamerikanische Nationen zu gleichem Vorgehen veranlaßt. Noch ist es nicht so weit, Argentinien und Chile, Uruguay, Peru, um nur einige zu nennen, treten am Völkerbunde fest, aber niemand kann sagen, wie lange sie einem pan-amerikanischen Drängen Widerstand leisten. Nun häufen sich auch die Meldungen über persische Abdankungsgelüste in Asien. China ist höllisch unzufrieden mit der viel zu geringen Beachtung, die ihm geschenkt wird und droht, die Tür in Genf hinter sich zuzuschlagen. Persien scheint eine ähnliche Neigung zu empfinden. Damit beginnt der Auflösungsprozeß, und es ist richtig, daß man sich auf diese Möglichkeit einstellt, wenn man sie noch nicht als eine Tatsache verzeichnet.

Was bedeutet ein solcher Zerfall des Völkerbundes uns? Sicherlich ist der große Gedanke, der vielleicht gewaltige Umwälzung in der Geschichte der Menschheit darstellt, damit auf Jahrzehnte, wahrscheinlich auf Jahrhunderte begraben. Aber Realpolitik wird das nicht mal bedauern können. Die Konstruktion des Völkerbundes war von vornherein verfehlt. Man baut kein Haus vom Dach her, wie es geschehen ist. Das Fundament war nicht fest genug gelegt. Die Krisen mußten kommen, da Europa in sich viel zu uneinig war, um seinen Willen entschlossen zur Geltung zu bringen. Vorsicht hätte lehren, daß man erst den ernstlichen Versuch machte, die tiefen Gegensätze in Europa selbst zu beseitigen. Solche Bemühungen wurden verabsäumt und sind erst nachträglich angreifbar geworden. Vor allem aber fehlte von Anfang an Rußland, das vorläufig keinen Einfluß auf die übrigen Kontinental-Staaten ausübt, aber dank seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Tages ein entscheidendes Wort sprechen wird, wenn der Bolschewismus als System, namentlich im Handel, seinen Abbau vollzogen hat. Das ist keine Phantasie, denn die ersten Schritte dazu sind bereits getan worden, und der Kapitalmangel wird diese Entwicklung gegen die Neigungen der Diktatoren in Moskau beschleunigen. Dann wird dieses ungeheure Gebiet das Rohstoff-Reservoir und tritt an die Stelle der Vereinigten Staaten.

Wohin wir in Europa blicken, überall begegnen wir dem Nationalitäten-Hader, der geradezu Selbstzerfleischung ist. Die kleine Entente, die jetzt wieder erneuert wurde, hat eine scharfe Frontstellung gegen Ungarn und gegen Rußland, die baltischen Staaten sind zwar untereinander etwas enger verknüpft worden, sind aber schließlich auch nur eine Kampforganisation gegen die Sowjets und bis zu einem gewissen Grade auch gegen Litauen. Zwischen der Schweiz und Italien haben sich erst in den letzten Tagen die Gegensätze wieder verschärft, woran einige faszistische Ausschreitungen in Genf die Schuld tragen. Das Schweizer Konsulat in Holland wird auch ein Zeichen der Zeit, von Doppelposten bewacht. Dazu die Ansprüche Italiens auf das Tessiner Gebiet, die ja schon bei den Locarnoer Verhandlungen eine gewisse Rolle gespielt haben. Neuerdings noch der Konflikt Englands und Rußlands wegen der Unterstützung, die die Bolschewisten mit Billigung ihrer Regierung den streikenden Arbeitern Englands haben zuteil werden lassen. So behutsam der Notenwechsel von beiden Seiten geführt wird, schließt er doch die Gefahr eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen und einer Kündigung des Handelsabkommens in sich.

Das Enfant terrible des Völkerbundes.

Mello Franco, der Vertreter Brasiliens.

Das einzige Aktivum ist der Locarno-Vertrag, zu dem sich Briand erst in seiner letzten Rede wieder mit besonderem Nachdruck bekannte. Schon damals schrieben wir an dieser Stelle, daß der Sicherheitspakt durchaus geeignet sei, einmal nach dem Zusammenbruch des Völkerbundsgedankens als Grundlage für den Aufbau Europas zu dienen. Wahrscheinlich sind wir von diesem Zeitpunkt gar nicht mehr so weit entfernt. Auf jeden Fall soll man jetzt an diesen Abmachungen Deutschlands und der Westmächte entschlossen festhalten, um von hier aus weiter zu greifen. Es kann sehr wohl der Kern einer engeren Fühlungnahme der europäischen Staaten werden. Ein Anschluß Hollands und Skandinaviens, auch der Schweiz wäre durchaus denkbar. Dann haben wir auch die Möglichkeit, die Angelegenheiten zu ordnen, die Jahrhunderte hindurch dank der Uneinigkeit der Großmächte jeder vernünftigen Regelung widerstrebt haben. In erster Linie handelt es sich dabei um den Balkan und die österreichischen Nachfolgestaaten.

Ueber eines muß man sich aber dabei klar sein. Zunächst haben fast alle Staaten mit sich selbst genug zu tun. In England ist der Bruch zwischen der Arbeiterpartei und der Regierung erfolgt, nachdem sich Baldwin für den Achtstundentag im Bergbau eingesetzt hat. Parlamentarisch ist das für das Kabinett ungefährlich, aber die Nachfragen haben gezeigt, daß die Stimmung sehr weit nach links geht, und daß eine Auflösung des Unterhauses eine völlige Verabschiedung der Mehrheitsverhältnisse herbeiführen kann, zumal die Liberalen nach ihrer Spaltung in einen Asquith-Flügel und eine Lloyd George-Gruppe zur Ohnmacht verurteilt sind.

In Oesterreich steht eine neue Krise unmittelbar bevor, da die Sozialisten in schärfster Opposition gegen den Bundeskanzler Ramek getreten sind wegen des Schulkompromisses, ein Konflikt, der vermutlich den Sturz des jetzigen Kultusministers zur Folge haben wird. Aehnlich entwickeln sich die Dinge in Prag, wo die Nationaldemokraten den zu ihnen gehörenden Außenminister Benesch aus dem Kabinett Czerny ziehen wollen, um zu einem offnen Angriff übergehen zu können. Ganz verworren sieht es in Polen aus. Hier haben die Sozialisten dem Ministerpräsidenten Bartel die Gefolgschaft gekündigt. Unter dem Einfluß Pilsudskis, der ja in Wirklichkeit der eigentliche Herrscher des Landes ist, vollzieht nun Bartel seine Annäherung an die Rechte. Das aber bedeutet eine schwere Belastung der Außenpolitik, die nun wieder in das nationalistische Fahrwasser einlenkt. Die deutschen Minderheiten spüren bereits erhöhten Druck, und das dreifache Dynamitattentat auf die Grube Deutsch-Scharley ist ein erstes Anzeichen der beginnenden Terrorakte.

In Frankreich ist Briand zurückgetreten, nachdem der Finanzminister Peret aus seinen Mißerfolgen die einzige noch mögliche Folgerung gezogen hat. Vielleich kehrt der Vielgenannte wieder, doch ebensogut kann dort ein Ruck nach rechts kommen, der der Locarno-Politik nicht sonderlich günstig ist, auch wenn die Anhängerschaft einer Verständigung drüben viel weiter nach rechts reicht als etwa bei uns. Bedenklich ist nur, daß Frankreich auf lange hinaus durch sein Finanzproblem völlig in Anspruch genommen wird. Alle Maßnahmen, die getroffen wurden, haben restlos versagt, und das war mit Sicherheit vorauszusagen, da es sich um dieselben Versuche handelt, die bei uns fehlgeschlagen haben. Es ist merkwürdig, wie wenig die Völker aus ihren gegenseitigen Erfahrungen lernen. Die Krise, die heute unseren westlichen Nachbarstaat erschüttert, und die auch Belgien in Mitleidenschaft zieht, ist die gleiche, die sich offenbar in ganz bestimmter Tendenz von Osten nach Westen vorschiebt. Rußland, Oesterreich, Deutschland, die Tschechoslowakei, Italien und jetzt die beiden Frankenstaaten. Darin liegt schon ein tieferer Sinn. Man kann es auch die Linie der Kriegsopfer nennen. Erst fielen die Besiegten, dann die Sieger.

Bei uns herrscht noch einige Tage Ruhe. Nur der Kampf um den Volksentscheid tobt draußen im Lande und zerreißt das deutsche Volk durch eine leidenschaftlich gesteigerte Agitation. Der Ausgang ist ungewiß. Im allgemeinen wird man annehmen dürfen, daß der Volksentscheid nicht siegreich endet. Namentlich das Zentrum geht jetzt gegen seine Angehörigen vor, die sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ausgesprochen haben. Die Oeffentlichkeit der Abstimmung öffnet dem Boykott Tor und Tür. Hoffentlich werden diese Unanständigkeiten den Gesetzgebern recht bald nahelegen, eine andere Regelung als die bisherige zu treffen. Was nach dem 20. Juni kommt, weiß niemand. Die letzten Taten des Herrn Marx haben jedenfalls nirgends Befriedigung erwecken können, und das Vorgehen des Zentrumsführers von Guerard gegen den eigenen Kanzler zeigt, daß wir in kurzem, spätestens zum Herbst, mit einer Umbildung der Regierung zu rechnen haben.

Richard May.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19260619-17/fragment/page=0001

Ein Brief Dr. Schachts.

Für den auf Freiheit und Ordnung aufgebauten Volksstaat. — Gegen die Lobhudelei von rechts — für die Demokratie!

Dr. Schacht bleibt Demokrat!

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht am 13. Juni an den Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Koch! Wie kaum anders zu erwarten war, ist das Bekanntwerden meines Austritts aus unserer Parteiorganisation von der politischen Rechten beifällig und von der Linken abfällig aufgenommen worden. Bedauerlich ist, daß die notwendige Schnelligkeit des journalistischen Tagesbetriebes nicht eine vorherige Klärung des Tatbestandes ermöglichte, und deshalb mag dieser Brief vielleicht von Nutzen sein. Ich hatte mir erlaubt, am 19. Mai d. J. an Sie zu schreiben, daß ich wegen Abwesenheit von Berlin an der Parteivorstandssitzung des folgenden Tages nicht teilnehmen könnte. Mein Schreiben enthielt ferner folgende zwei Sätze:

„Es handelt sich beim Volksentscheid um etwas Grundsätzliches, und ich glaube, die Demokratische Partei kann bei aller radikalen Haltung gegenüber den Fürsten, die ich durchaus verstehen würde, gar nicht scharf genug in dieser grundsätzlichen Frage betonen, daß sie eine Partei ist, die auf dem Boden des Privateigentums steht, und sich ganz scharf trennt von allen grundsätzlichen sozialistischen und kommunistischen Anschauungen in dieser Frage. Es ist deshalb auch eine offizielle Parole, die Stimmabgabe frei zu geben, nach meiner Auffassung, für die Partei nicht tragbar."

Ich fügte in meinem Briefe hinzu, daß diese Angelegenheit eine solche sei, wo sich die Geister eventuell scheiden müßten. Nachdem dann die Entscheidung des Parteivorstandes, wenn auch unter grundsätzlicher Anerkennung meiner Auffassungen doch praktisch nicht im Sinne meiner Forderung ausgefallen war, teilte ich Ihnen am 21. Mai meinen Austritt aus unserer Parteiorganisation mit und fügte hinzu, daß meine grundsätzliche politische Anschauung unverändert dieselbe bleibe. Daß eine Veröffentlichung meiner Austrittserklärung unterblieb, beruht darauf, daß ich eine parteipolitische Ausnutzung gegen die mir nahestehende Partei nicht wünschte und daß überdies eine Besprechung zwischen Ihnen und mir vereinbart wurde, deren Termin erst nach Abfassung dieses Briefes lag. Eine Reihe von Vorwürfen, die mir in unserer eigenen Parteipresse gemacht worden sind, glaube ich, werden durch diese Tatsachen widerlegt. Ich habe rechtzeitig auf meine grundsätzliche Anschauung und auf ihre eventuellen Konsequenzen für meine Person aufmerksam gemacht.

Wenn mein Entschluß mich dazu gebracht hat, aus der Parteiorganisation auszuscheiden, so will ich damit zum Ausdruck bringen, daß ich als organisiertes Mitglied für einen nach meiner Auffassung grundsätzlich irrtümlichen Beschluß die Verantwortung nicht mit übernehmen will. Von Jugend auf habe ich unverändert das Privateigentum und die Erweckung des wirtschaftlich-individuellen Interesses nicht nur als eine der unerläßlichsten Grundlagen des Staates, sondern auch als die Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens überhaupt verfochten. Nur auf Grund dieser innersten Ueberzeugung habe ich in den letzten Jahren gegen unsere ausländischen Widersacher den Kampf zu führen versucht für die Anerkennung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten des deutschen Volkes. Nur aus dieser Ueberzeugung heraus konnte ich die Wegnahme deutschen Eigentums im Kriege als den größten Schlag gegen das künftige friedliche Zusammenleben der Völker bezeichnen und seine Wiedergutmachung fordern. Ich will und kann mir auch nicht im kleinsten die moralische Basis für meine weitere Tätigkeit in dieser Richtung dadurch nehmen lassen, daß ich bei einer politischen Aktion passiv bleibe, die gegen meine Bemühungen ins Feld geführt werden könnte.

Ich hoffe, sehr verehrter Herr Koch, daß diese kurze Begründung meinen Schritt für unsere politischen Freunde verständlich macht. Daß dieser Schritt von rechts her zu Angriffen auf die Deutsche Demokratische Partei benutzt wird, wird hoffentlich aufhören, wenn ich hier ausdrücklich feststelle, daß von allen Parteien, die auf dem Boden des Privateigentums stehen, die Deutsche Demokratische Partei diejenige gewesen ist, die die möglichen Folgen einer nicht rechtzeitig ergangenen gesetzlichen Regelung über die Fürstenabfindung erkannt und ihre Bemühungen am stärksten für eine solche Regierung eingesetzt hat. Unsere Partei hat auch hier gezeigt, daß sie von staatspolitischem Verantwortungsgefühl beseelt ist, und deshalb bitte ich, sehr verehrter Herr Koch, meine Ausführungen damit schließen zu dürfen, daß meine Sympathien nach wie vor mit denjenigen Männern sind, die von jeher für einen auf Freiheit und Ordnung aufgebauten Volksstaat gekämpft haben, und denen wir es in erster Linie zu danken haben, daß im November 1918 das deutsche Volk nicht nach der äußeren auch noch in den Strudel der inneren Zerstörung hineingetrieben ist."

Die Rechtspresse in unserem Bezirk glaubt an dem Fall Schacht ihr Süppchen kochen zu können. Leider vergebens! Dr. Schacht hat der Rechten eine Antwort erteilt, die ihrer Presse vollkommen den Atem genommen hat. Von der volksparteilichen Presse hat sich besonders die Magdeburgische Zeitung hervor; die mit dem Namen Schachts gegen die Demokratische Partei in der skrupellosesten Weise Stimmung zu machen suchte. Vornehm und sachlich zugleich wäre es gewesen, wenn die „MZ." den Brief des Reichsbankpräsidenten an Erich Koch im vollen Wortlaut gebracht hätte. Statt dessen einige aus dem Zusammenhang herausgenommene Sätze, versehen mit allerlei Bemerkungen und Prophezeihungen, die an die Art eines Märchenerzählers erinnert. Da die „MZ." den Wortlaut des Schachtschen Briefes kennt, wird sie selbst zugeben müssen, daß aus diesem Vorfall kein volksparteiliches Geschäft zu machen ist. Wir fragen: hat die Deutsche Demokratische Partei eine solche Behandlung durch die Magdeburgische Zeitung verdient? Die Magdeburger Demokraten haben die „MZ." zu jeder Zeit wohlwollend behandelt; selbst bei Anlässen, wo die Erregung besonders stark war, auf Inserenten und Leser versöhnend eingewirkt. Wir wollen uns bei Erwähnung dieser Tatsachen nicht wichtig tun, nur in aller Oeffentlichkeit die vornehme Art demokratischer Persönlichkeit hervorheben. Die Presse der Deutschen Volkspartei scheint tatsächlich in dem Wahn zu leben, daß der „Fall Schacht" geeignet ist, einen Keil in die demokratische Organisationen zu treiben. Es gibt tatsächlich keine andere Erklärung für den Eifer volksparteilicher Redakteure. Zu welchen Methoden man greifen mußte, mögen unsere Leser daraus entnehmen, daß man mit Entstellungen arbeitete, in dem behauptet wird, daß Dr. Schacht mit der Gesamtrichtung der Deutschen Demokratischen Partei nicht einverstanden gewesen sei. Die Blätter der Deutschen Volkspartei, die diese Darstellung schmunzelnd ihren Lesern gegeben haben, haben sich allerdings gleich darauf eine ausdrückliche Richtigstellung durch das Schreiben Dr. Schachts gefallen lassen müssen. Es muß sehr schlecht um eine Partei bestellt sein, wenn ihre Organe zu solchen Mitteln greifen müssen. Wir möchten in diesem Zusammenhang nur auf eines hinweisen. Solange Dr. Schacht der Partei angehörte — Demokrat bleibt er nach wie vor —, wurde die Deutsche Demokratische Partei, gerade von der Wirtschaft, um seinetwillen angegriffen, da die Wirtschaft mit seiner scharfen Kreditpolitik unzufrieden war. Jetzt, wo Schacht aus der Partei geht, wird er gefeiert, als der führende Mann der deutschen Wirtschaft. Daraus ergibt sich, daß man Schacht nur wegen seiner politischen Einstellung bekämpfte. Ein neuer Beweis der unanständigen Kampfesweise.

Reichsbankpräsident Schacht hat seinen Brief an den Vorsitzenden der Demokratischen Partei ganz aus eigenem Antrieb gerichtet, nachdem durch eine Indiskretion seine Austrittserklärung in die Oeffentlichkeit gelangt war, bevor die beabsichtigte Aussprache mit Koch hatte stattfinden können. Aus dem Schreiben ergibt sich, daß die Differenzen zwischen der Partei und Dr. Schacht so gering sind, daß ohne die verfrühte Veröffentlichung eine Verständigung hätte herbeigeführt werden können. Dr. Schacht fühlt sich nach wie vor mit der Deutschen Demokratischen Partei verbunden.

Es ist nicht unwichtig, in diesem Zusammenhang vom Abgeordneten Koch die Stellung der Deutschen Demokratischen Partei über den Volksentscheid zu vernehmen. Auf dem Parteitag des Wahlkreises Frankfurt a. O. bemerkt der demokratische Führer zur Fürstenabfindung: Es entspricht nicht der Gepflogenheit der Deutschen Demokratischen Partei, ihren Wählern keine bestimmte Anweisung zu geben. Aber hier ist die Fragestellung verwirrt. Hätten sich die Sozialdemokraten nach dem Scheitern der Kompromißverhandlungen mit uns und dem Zentrum über eine Fragestellung geeinigt, bei der den Ländern eine angemessene Entschädigung der Fürsten überlassen geblieben wäre, so würde sich eine gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes für einen solchen Volksentscheid entschieden haben. Jetzt liegen die Dinge so, daß die Rechte bald einmal behauptet, es handle sich um den Gegensatz zwischen Bolschewismus und Privateigentum, bald wieder, es handele sich um Monarchie und Republik. Diejenigen, die wie Herr Everling auch den Kompromißgesetzentwurf als einen Raub bezeichnet haben, kämpfen gemeinsam mit denen von der Deutschen Volkspartei, die beteuern, daß sie diesen Kompromißgesetzentwurf durchbringen wollen.

Die Parteileitung vermag bei dieser Sachlage zu einer bejahenden Beteiligung am Volksentscheid nicht zu raten, weil sie das Prinzip des Privateigentums als der unentbehrlichen Grundlage jedes wirtschaftlichen Fortschrittes auch in einem so besonders gelegenen Falle nicht angetastet wissen will. Aber sie weist es von sich, von denjenigen ihrer Parteimitglieder abzurücken, die diese Frage anders beurteilen. Es gibt viele Demokraten, die glauben, daß die Rechte einen Sieg als einen Sieg der Monarchie über die Republik auswerten werde. Es gibt ferner viele, die glauben, daß nur dann nach der zu erwartenden Ablehnung des Volksentscheids eine angemessene Regelung zustande käme, wenn sich für den Volksentscheid eine große Menge Wähler erklärten. Sie weisen darauf hin, daß nicht nur Fürst Bismarck diejenigen verspottete, die solche politische Fragen vom Standpunkt eines Kreisrichters beurteilen, sondern daß auch der Fürst Bülow in der polnischen Enteignungsfrage diejenigen tadelte, die in abstraktem Formalismus aus einem uns Deutschen eigenen Trieb auch große politische Fragen vom Standpunkt des Kreisrichters beurteilten, während es die erste, oberste und vornehmste Pflicht des Staates sei, sich selbst zu behaupten.

Bei dieser ohne unsere verwirrten Sachlage wird jeder Wohlwollende verstehen, daß die Deutsche Demokratische Partei von einer Festlegung ihrer Anhänger absehen mußte. Man mag aber auch mit der Haltung der Partei in den einzelnen Phasen nicht einverstanden sein, so bin ich trotzdem fest davon überzeugt, daß hier, wie so häufig, schließlich die Absichten unserer Partei sich verwirklichen und es auf ein Reichstagsgesetz, wie wir es von vornherein beantragt haben, herauskommen wird. Es geht hier wie in so vielen Fragen, mag das Pendel noch so heftig von rechts nach links und von links nach rechts schwingen, schließlich bleibt es doch nach vielen Mühen und Aergernissen auf unserem Standpunkt stehen.

Demokratische Frauen zum Volksentscheid.

In einem Rundbrief des Reichsfrauenausschusses der Deutschen Demokratischen Partei wird mitgeteilt, daß die demokratischen Frauen die Freigabe der Abstimmung zum Volksentscheid durch die Parteileitung begrüßen. Auch die Frauen betonen, daß jeder Demokrat und jede Demokratin bei der Abstimmung wissen muß, was sie vor ihrem Gewissen verantworten kann. In dem Rundbrief heißt es ferner: „In einem Punkte aber ist vor allen Parteifreunden wohl einmütiges Handeln zu erwarten, nämlich darin, daß alle Demokraten zur Abstimmung gehen, einerlei, wie sie sich entscheiden wollen. Entgegen der Parole, die der Reichsfrauenausschuß der Deutschen Volkspartei ausgegeben hat, von der Abstimmung fernzubleiben, sprechen wir den Wunsch und die Erwartung aus, daß **alle demokratischen Frauen sich an der Abstimmung beteiligen, und andere dazu auffordern, einerlei ob man mit „Ja" oder „Nein" stimmt, oder Stimmenthaltung übt!"** Durch diese Ausführungen beweisen die deutschen demokratischen Frauen, wie weit sie den Frauen anderer politischer Parteien in politischer Arbeit überlegen sind. Der Sinn zur Aufforderung an der Teilnahme zum Volksentscheid ist zweifellos nur der: unter allen Umständen zu verhindern, daß die verfassungsmäßig vorgesehene souveräne Volksentscheidung sabotiert wird.

Jeder wahren Demokratin ist es unbegreiflich, wie man zur Nichtbeteiligung an einem Volksentscheid auffordern kann, wenn man die bestehende republikanische Reichsverfassung anerkennt! Ein Volksentscheid wird bei uns in Deutschland sicherlich immer nur dann gefordert werden, wenn nach Ansicht vieler Millionen deutscher Staatsbürger gewählte Volksvertreter bei der Entscheidung über volkswichtige Fragen versagen. Und das ist dann das Hervorragende eines republikanisch-parlamentarisch geleiteten Staates, daß dann als höchste Instanz das Volk selbst entscheiden kann!

*

Gegen die Fälschung des Volksentscheides.

Unsaubere Propagandamethoden.

Aus einer Anzahl von Orten sind uns Mitteilungen zugegangen, aus denen ersichtlich ist, daß die Gegner des Volksentscheides sich Fälscherkunststücke bedienen, um den Volksentscheid zur Ablehnung zu bringen. So liegen uns Flugblätter und Korrespondenzaufsätze für Zeitungen vor, in denen es heißt: „Die Teilnahme an der Abstimmung vergrößert also, auch wenn der Zettel mit „Nein" entscheidet, die Gefahr, daß die erforderlichen 19½ Millionen Stimmen zusammenkommen." Da vielfach demokratische Parteiorganisationen ihre Mitglieder aufgefordert haben, unter allen Umständen zur Abstimmung zu gehen und je nach ihrem Gewissen mit Ja oder Nein zu stimmen, so muß ausdrücklich festgestellt werden, daß jedem Volksentscheid zugrunde liegende Gesetz, das als verfassungsändernd angesehen wird, nur dann als angenommen gilt, wenn **mehr als die Hälfte aller Stimmberechtigten gültig mit Ja abgestimmt hat. Das Abgehen einer Nein-Stimme hat nicht die Wirkung, daß das der Volksentscheid zur Annahme gebracht wird.** Ohne näherlich zum Volksentscheid selbst Stellung zu nehmen: gegen die von der Rechten unternommenen Versuche zur Fälschung des Volksentscheides kann nicht scharf genug protestiert werden.

Für eine volkstümliche Rechtsprechung

Demokratische Reformvorschläge.

Bei der Beratung des Justizetats im preußischen Landtag entwickelte der demokratische Abgeordnete Grzimek-Königsberg beachtenswerte Vorschläge zur Justizreform an Haupt und Gliedern.

Dr. Grzimek führte u. a. aus:

„Der Weg zur Selbsterkenntnis geht durch die Welt, durch die eigene und die fremde. Wer ist berufen, mit auszuüben, als die Parlamente. Kein Herunterfassen, sondern ein Erkennen der Bedeutung der Rechtsprechung gerade für den demokratisch-organisierten Staat liegt hierin: die Freigabe des politischen und wirtschaftlichen Kampfes, die Umstellung vom Untertan zum Staatsbürger wirkt sich hier aus. Bei Anerkennung dessen, daß der übergroße Teil der Richter sich redlich mit mehr oder weniger Erfolg im rechten Sinne bemüht, muß die Notwendigkeit zur Besserung stark unterstrichen werden.

Zu begrüßen sind die Ausführungen im Briefe des Preußischen Richtervereins mit Senatspräsident Lehmann: „Die deutschen Richter ehren und achten die Verfassung. Als Diener des Gesetzes ist es unsere Aufgabe, die Weimarer Verfassung als oberstes Gesetz des deutschen Staates dem Sinne und Worte nach zu stärken."

Dr. Grzimek erwähnte weiter Fälle, wo die Anreden herren Hoheitsbezeichnungen auf Urteilen, amtlichen Schreiben der Gerichte noch immer zu finden wären und verlangte endgültige Abstellung solcher Vorkommnisse. Um die Richter zu der von dem Preußischen Richterverein selbst anerkannten Aufgabe der Stärkung der Weimarer Verfassung anzuregen, verlangte Grzimek, daß die Teilnahme an den Verfassungsfeiern als dienstliche Handlung erklärt würde. Als Maßnahme zur Abhilfe erklärte er eine zielbewußte Personalpolitik für erforderlich. Ausgemusterte müsse der sogenannte „schneidige" Beamte werden, auch ein Bücherwurm, der sich lediglich in spitzfindigen Theorien zu bewegen vermag, ist zum Vorsitzenden von Gerichtsverhandlungen nicht geeignet. Eine Mischung aus allen Schichten, eine Berücksichtigung der Persönlichkeit sei möglich. Anhörung der Vertreter der Rechtsanwälte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19260619-17/fragment/page=0002

anwaltschaft vor der Berichterstattung über die einzelnen Richter werden von Vorteil sein.

Einrichtungen der Justiz, bei denen die richterliche Unabsetzbarkeit und Unabhängigkeit nicht hemmend entgegenstehe, müßten zunächst mit dem Geiste des Neuen völlig durchtränkt werden. In erfreulichem Maße sei dies bereits beim Gnadenwesen der Fall, für das der Justizminister Am Zehnhoff viel und entscheidendes getan habe und bei dem der Rechtsausschuß des Landtages eine sehr glückliche Wirksamkeit entfaltet habe. Zu erfassen sei jetzt noch der Strafvollzug, bei dem ausgezeichnete Vorschriften und Erlasse durch besondere Energie des Ministeriums und der ausführenden Stellen in Wirksamkeit umgesetzt werden müßten. Ganz besonders fest müsse die Staatsanwaltschaft angefaßt werden. Ein Staatsanwalt ist ein abhängiger Beamter der Verwaltung, ein politischer Beamter. Er hat die Vertretung des staatlichen Strafanspruches und ist einer der wichtigsten Hebel und Werkzeuge der Staatsverwaltung. Da ist es ganz selbstverständlich, daß nur sicher überzeugte Anhänger der jetzigen Staatsform, Männer, die absolut in der Hand der politischen Staatsverwaltung sind, dieses Amt bekleiden dürfen. Sie müssen im Verfassungsausbau der Rechtspflege ein Moment sein, das bedingungslos positiv für den Staat sich einsetzt.

Auch die Verbesserung der technischen Einrichtungen wird auf den Geist zurückwirken. Seit mindestens 20 Jahren hat man dem steigenden Geschäftsbetrieb immer nur damit abgeholfen, daß man das Personal vermehrte. Ein Anfang mit der Vermehrung von Schreibmaschinen, Telephonen und dergl. ist gemacht. Auf Drängen der Demokraten und unter Bewilligung des demokratischen preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff sind seit Anfang 1924 allein 2000 Schreibmaschinen angeschafft, ferner viele Telephonsysteme, sogar Rechenmaschinen und jetzt werden auch Versuche mit Adressiermaschinen gemacht.

Die Gliederung des Personals entspricht auch noch bei weitem nicht den Erfordernissen. Am besten wäre eine Eingliederung durch Reichsgesetz, überhaupt die Vereichlichung der Justiz. Bei der Strafanstaltsverwaltung müßten auch bezüglich des Personals die Beschlüsse des Rechtsausschusses zur Ausführung kommen. Der Wunsch der Demokraten sei: nach Erreichung der normalen Beschäftigungsziffern die Zahl der Richter geringer, ihre Besoldung aber wesentlich besser zu gestalten.

Sehr bedauerlich sei, daß die Beteiligung der Anwaltschaft am öffentlichen Leben sehr zurückgegangen sei. Man dürfe deshalb mit der Gebührenherabsetzung keinesfalls über den Rahmen hinausgehen, den die Denkschrift des Deutschen Anwaltvereins als berechtigt anerkennt.

Zur Entfremdung zwischen Rechtsprechung und Bevölkerung trage viel bei, daß man zu viel Wert auf das Rechtssystem und dessen unbedingte Einhaltung lege. Es sei nicht Aufgabe der Rechtsprechung, Systeme zu gestalten, sondern das für die Partei Richtige zu treffen. Er erinnerte an das Idealbild des Richters von Plato: „Das beste ist nicht, daß die Gesetze gelten, sondern der Mann, der weise und königlich ist."

Großen Nachdruck legte Dr. Grzimek darauf, daß durch Vorträge, Presse, Kino die Rechtsprechung und das Recht überhaupt volkstümlicher gemacht werden müssen. Das käme auch dem großen Interesse des Volkes entgegen. Er weist dann noch auf die Notwendigkeit, die Bestimmungen über die Kinder der Geschiedenen zu regeln, die Notwendigkeit des Schutzes der persönlichen Ehre, auf bessere Gestaltung der Untersuchungshaft und der Disziplinarstrafe hin, die heute für Straf- und Untersuchungsgefangene gleich ist. Er trat ein für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft und bat, den Künstlern durch Anweisungen zu helfen, daß bei schweren Fällen von Verletzung des Urheberrechtes die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden solle, statt den Künstler auf den Weg der Privatklage zu verweisen.

Zum Schluß hob er die Notwendigkeit der Rechtsangleichung mit Oesterreich hervor und schloß mit den Worten: „Das Vaterland muß größer sein, das ganze Deutschland muß es sein!"

Volksabstimmung über Fürstenabfindung.

Ob wir Gegner oder taktische Anhänger der Enteignung ohne Entschädigung der Fürsten sind, wir alle wollen eine wahrhaft freie Volksabstimmung.

Eine solche ist nicht möglich, wenn nur die Anhänger der Enteignung zur Abstimmung gehen, weil dann auf dem Lande und in kleinen Städten jeder Abstimmende von persönlichen Nachteilen und Denunziationen bedroht ist.

Wenn wir alle zur Abstimmung gehen, Freunde und Gegner des jetzt zur Entscheidung stehenden Gesetzes, dann machen wir die Abstimmung erst wirklich frei.

Also gehen wir alle zur Abstimmung und geben unsern Stimmzettel ab entsprechend unserer Ueberzeugung mit Ja oder Nein.

Wir haben Jahrzehntelang um die geheime Wahl gekämpft. Jetzt geht es um die wahrhaft geheime Volksabstimmung.

Material für den Volksentscheid.

Zur Bewertung und zum Vergleich der Ergebnisse des Volksentscheides am 20. Juni veröffentlichen wir nachstehend das endgültige Ergebnis des Eintragungsverfahrens zum Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen":

Der Reichswahlausschuß hat in der Sitzung am 14. April 1926 festgestellt, daß zum Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen" im gesamten Wahlgebiet (Deutsches Reich ohne Saargebiet) 12 523 939 gültige Eintragungen erfolgt sind.

Nr.	Wahlkreis	Zahl der Stimmberechtigten	Zahl der Eintragungen
1.	Ostpreußen	1318663	166078
2.	Berlin	1467237	864362
3.	Potsdam II	1181582	514067
4.	Potsdam I	1175429	479491
5.	Frankfurt a. d. O.	1038777	244600
6.	Pommern	1148014	204715
7.	Breslau	1197512	383561
8.	Liegnitz	769460	267415
9.	Oppeln	791982	153038
10.	Magdeburg	1067648	377452
11.	Merseburg	896104	307266
12.	Thüringen	1411556	561530
13.	Schleswig-Holstein	1005640	296073
14.	Weser-Ems	901857	201228
15.	Osthannover	652674	152647
16.	Südhannover-Braunschweig	1256015	441067
17.	Westfalen-Nord	1334136	358081
18.	Westfalen-Süd	1648767	584267
19.	Hessen-Nassau	1571165	538098
20.	Köln-Aachen	1352900	366540
21.	Koblenz-Trier	749247	118723
22.	Düsseldorf-Ost	1370820	530536
23.	Düsseldorf-West	1054943	259427
24.	Oberbayern-Schwaben	1537258	209071
25.	Niederbayern	783207	61822
26.	Franken	1563624	321760
27.	Pfalz	563743	159081
28.	Dresden-Bautzen	1229105	545864
29.	Leipzig	863808	418047
30.	Chemnitz-Zwickau	1168670	577155
31.	Württemberg	1631808	478034
32.	Baden	1442607	500238
33.	Hessen-Darmstadt	867526	325609
34.	Hamburg	834702	395836
35.	Mecklenburg	573431	161160
	Zusammen	39421617	12523939

Nach der hier angegebenen Zahl der Stimmberechtigten müßten für den Volksentscheid mindestens 19 710 808 Stimmen abgegeben werden. Voraussichtlich wird diese Zahl infolge der Aenderungen der Zahl der Stimmberechtigten aber etwas höher sein. Die endgültige Zahl der Stimmberechtigten wird erst mit dem Ergebnis des Volksentscheides selbst vorliegen.

Bedeutender Fortschritt in der Siedlungsfrage.

Demokratischer Antrag angenommen.

Die energischen Bemühungen der demokratischen Fraktion, die seit langer Zeit im Gange sind, haben nunmehr im Reichstagsausschuß für Siedlung und Pachtwesen zu einem bedeutsamen Ergebnis geführt, dem hoffentlich auch der Reichstag und die Reichsregierung ihre Zustimmung nicht versagen werden. Dieser Ausschuß beschäftigte sich mit deutschnationalen, völkischen und demokratischen Anträgen zur Siedlungsfrage. Nach eingehender Aussprache kam folgender Antrag des demokratischen Abgeordneten Rönneburg in folgender Form zur einstimmigen Annahme:

„Der Reichstag wolle beschließen,

die Reichsregierung zu ersuchen, zwecks Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unter Beachtung der verfassungsmäßigen Verwaltungshoheit der Länder zur Förderung des ländlichen Siedlungswerkes und zwar sowohl der Neusiedlung, wie der damit zusammenhängenden Anliegersiedlung in den dünn bevölkerten Gebieten geeignete Maßnahmen zu treffen.

1. Bis zur Wiederbelebung des Renten- und Pfandbriefkreditwesens oder bis zur Erschließung sonstiger Bauerkreditmöglichkeiten in den nächsten fünf Jahren einen Betrag von je 50 Millionen RM. bereitzustellen. Dabei ist die Beschaffung eines größeren Landvorrates und die Begebung von Einrichtungskrediten an Neusiedler zu berücksichtigen.

2. Es ist Vorsorge zu treffen, daß unter Führung des Reiches im Zusammenarbeiten mit den zuständigen Landesbehörden die für die Durchführung der Siedlung maßgebenden allgemeinen Richtlinien aufgestellt werden und ihre Durchführung überwacht wird.

3. Die Mittel sind durch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt an die von den Ländern zu bestimmenden Stellen weiterzuleiten, welche die Erfüllung der vom Reich und den Ländern zu verfolgenden Ziele verbürgen.

4. Bei der Rentenbank-Kreditanstalt ist ein Beirat zu bestellen, der die Mitarbeit der am Siedlungswerk beteiligten Reichs- und Landesbehörden sowie des Reichstages sicherstellt."

Hoffentlich gelingt es, was dringend erforderlich ist, diesen Antrag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages zur endgültigen Verabschiedung zu bringen. Damit würde dann endlich das Siedlungswerk, dessen nationale und bevölkerungspolitische Bedeutung immer größer geworden und von immer weiteren Kreisen unseres Volkes erkannt worden ist, nun endlich entscheidend vorangehen. Es ist überaus bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, schon vor einigen Monaten den Meinungsstreit zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung über die Art der Finanzierung und der Weiterentreibung des Siedlungswerkes beizulegen. Damit ist ein kostbarer Teil dieses Jahres für die Siedlung versäumt worden. Die dünn bevölkerten Gegenden unseres Reiches verlangen eine Besiedlung mit einem gesunden und lebensfähigen Bauernstande. Die Demokratische Partei darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie in dieser Frage, für die sie seit Jahren mit aller Energie eingesetzt hat, und in der sie Führerin gewesen ist, lange Zeit gegen den Widerstand der Rechtsparteien, nunmehr einen so bedeutsamen Erfolg erzielt hat.

Aus Parlamenten und Parteien

Die Demokratische Partei an Oberbürgermeister Cuno.

Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat an Oberbürgermeister Cuno-Hagen aus Anlaß seines 25jährigen Amtsjubiläums ein Telegramm gesandt, in dem er seine Glückwünsche für den bewährten Vorkämpfer vaterländischer und freiheitlicher Gedanken und den bewährten kommunal-politischen Führer ausspricht.

Demokraten und Verwaltungsreform.

Zum Haushalt des Finanzministeriums wurde im Preußischen Landtag der nachstehende demokratische Antrag angenommen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, mit allem Nachdruck eine Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Verwaltung durch eine durchgehende Reform bei den Ministerien und Behörden durchzuführen. Die Zahl der Referenten in den Ministerien und bei den Provinzial- und Bezirksbehörden ist dadurch zu vermindern, daß die örtlichen Beamten und Behörden, sowie die Bezirks- und Provinzialbehörden selbständiger gemacht, daß den Referenten nur die wirklich wichtigen Sachen, einfachere Arbeiten aber Amtsräten und Amtsmännern zur selbständigen Bearbeitung übertragen werden. Bei der bei natürlichem Ausgang zu vermindernden Zahl der Beamten des höheren Dienstes sollen Stellen in den unteren Gruppen des höheren Dienstes wegfallen, so die Beamten im Aufstieg nicht geschädigt, sondern allmählich besser gestellt werden."

Die deutschen Parlamentarier in Paris. Bauarbeiten und Dawesplan. — Deutschnationale Kampfesweise.

Die deutschnationale „Schlesische Zeitung" hat vor kurzem die Behauptung aufgestellt, daß der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Haas nach Paris gekommen sei, um einer französischen Firma ein Geschäft zu verschaffen. Im Anschluß daran hat die „Schlesische Zeitung" bedauert, daß sich auf diese Sache nicht nur demokratische und sozialdemokratische Abgeordnete, sondern auch ein Mitglied der Deutschen Volkspartei und ein Mitglied des Zentrums eingelassen hätten. Dazu wird dem „Demokratischen Zeitungsdienst" geschrieben:

Die Meldung, daß Dr. Haas und andere Parlamentarier, unter ihnen der Volksparteiler Dr. Mittelmann, die Sozialdemokraten Wissell und Peplow, der Wirtschaftsparteiler Drewitz und der bayerische Volksparteiler Rauch, anläßlich ihrer Reise nach Paris Geschäfte privater Natur getätigt hätten oder haben tätigen wollen, ist frei erfunden. Der tatsächliche Sachverhalt ist, daß Dr. Haas und die genannten Parlamentarier die Pariser Reise auf Ersuchen maßgebender Kreise des Deutschen Tiefbaugewerbes unternommen hatten, um die Frage zu prüfen, ob nicht Bauarbeiten auf der Grundlage des Dawesplanes zur Erleichterung der schweren Arbeitslosigkeit in Deutschland möglich seien. Deutschland hat zwei Millionen Arbeitslose, Frankreich hat zwei Millionen fremdländischer Arbeiter. Bei den Besprechungen, die in Gegenwart der Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in Paris geführt wurden, handelte es sich niemals um bestimmte Aufträge für irgendwelche Firmen oder irgendwelche Gruppen. Von der allgemeinen politischen Fühlungnahme abgesehen, war das Ergebnis der wirtschaftlichen Besprechungen eine Feststellung der Schwierigkeiten, die von den beiderseitigen Regierungen beseitigt werden müßten, um Bauaufträge prinzipiell zu ermöglichen. Die Reise, an der sich der dazu ausersehene Zentrumsabgeordnete infolge einer Erkrankung nicht beteiligen konnte, geschah übrigens mit Kenntnis des **Auswärtigen Amtes** und des **Reichswirtschaftsministeriums.** Es ist überflüssig zu betonen, daß einer der beteiligten deutschen Parlamentarier irgend ein Interesse an einer deutsch, oder französisch. Firma des Tiefbaugewerbes hat. Die Frage war, ob, wenn Reparationen geleistet werden müssen, sie nicht so ausgestaltet werden können, daß dadurch die fürchterliche deutsche Arbeitslosigkeit gemildert wird, ist sicher über alle Parteigrenzen hinweg wert, gründlich geprüft zu werden.

Reichstagsabgeordneter Dr. Haas hat diesen Sachverhalt der „Schlesischen Zeitung" in konziliantester Form mitgeteilt und das Blatt um eine ihm geeignete Berich-

Demokraten! Geht am 20. Juni zur Abstimmung!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19260619-17/fragment/page=0003

tigung gebeten. Die „Schlesische Zeitung“ hat keinerlei Richtigstellung veröffentlicht. Diese deutschnationale Kampfesweise richtet sich selbst.

*

Die deutschen Parlamentarier in Paris.

Bei einer Besprechung des Besuches deutscher Parlamentarier in Paris schrieb der „Hannoversche Kurier“ in seiner Nummer 248 vor kurzem:

„Einige deutsche demokratische und sozialdemokratische Abgeordnete, die in Paris in dem Glauben eintrafen, an einer deutsch-französischen Wirtschaftskonferenz teilzunehmen, könnte man als naive Opfer ihrer Leichtgläubigkeit beklagen, und man würde dann über die ganze Sache hinweggehen. Man muß aber feststellen, daß die Herren die Folgen ihrer Wichtigtuerei zu tragen haben werden, die sie dazu veranlaßte, bedenklos auf jeden Lockruf zu hören, der in Paris ertönt, ohne Rücksicht darauf, ob durch derartige unbedächtige und unüberlegte Geschäftigkeit nicht höhere Interessen in schwerster Weise gefährdet werden.“

Wer sind nun diese deutschen demokratisch und sozialdemokratischen Abgeordneten? Der „Hannoversche Kurier“ nennt selbst folgende Namen: Dr. Ludwig Haaße, **Dr. Mittelmann**, Heinrich Drewitz, Dr. Krohne, Fritz Peplow, Hans Rauch und Rudolf Wissel. Es braucht nur festgestellt zu werden: Dr. Mittelman gehört der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Heinrich Drewitz der Wirtschaftspartei und Herr Rauch der Bayerischen Volkspartei an. Das mußte der „Hannoversche Kurier“ wissen, und trotzdem wird nur von den „demokratischen und sozialdemokratischen“ Abgeordneten gesprochen. Ein solches Verfahren richtet sich selbst. Man braucht dem nichts hinzuzufügen.

*

Reichsfrauentagung

der Deutschen Demokratischen Partei am 25., 26. und 27. Juni in Erfurt, Hotel „Haus Kossenhaschen“. Freitag, den 25. Juni, abends 8 Uhr: Begrüßungsabend im Hotel „Haus Kossenhaschen“. Sonnabend, den 26. Juni, vorm. 10 Uhr: 1. Eröffnung durch die Vorsitzende Frau Dönhoff, M. d. L., Soest i. W. 2. Dr. Frau Marie Elisabeth Lüders, M. d. R., Berlin, spricht über: „Organe und Aufgaben der Außenpolitik“. Aussprache. Gemeinsames Mittagessen im Hotel „Haus Kossenhaschen“. Sonnabend, den 26. Juni, nachm. 3 Uhr: Geschlossene Sitzung: a) Bericht der 1. Vorsitzenden über die Organisation; b) Ergänzungsbericht der Geschäftsführerin; c) Wahl der 1. Vorsitzenden des Reichsfrauenausschusses; d) Wahl der 2. und 3. Vorsitzenden; e) Verschiedenes. Abends 8 Uhr öffentliche politische Versammlung. Sonnabend, den 26. Juni, abends 8 Uhr: Große öffentliche politische Versammlung in der Aula der Oberrealschule, Krämpferring. Leitung: Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R., Berlin. Redner: Reichsminister a. D. Erich Koch, M. d. R., Berlin. Sonntag, den 27. Juni, vorm. 10 bis nachm. 4 Uhr: 1. „Kritik- und Reformgedanken zur Sozialpolitik“, einleitendes Referat von A. Erkelenz, M. d. R., Berlin. 2. „Die Arbeitsvermittlung als Teil der Sozialpolitik“. Referentin: Frl. Hedwig Pruz, Stuttgart, vom Landesarbeitsamt Württemberg. 3. „Die Sozialversicherung in ihrer Bedeutung für die Frau und die Familie“. Referentin: Frl. Oberregierungsrat Dr. Marie Baum, Karlsruhe. Aussprache. Am Abend zwangloses gemütliches Beisammensein. (Voraussichtlich Ausflug im Wagen in den Erfurter Steigerwald; im Versammlungslokal Konzert des Reichsbanners.)

*

Ministerialdirektor Ritter als Nachfolger Kempners.

Vor kurzem hatte die „Tägliche Rundschau“ gemeldet, daß voraussichtlich als Nachfolger des Staatssekretärs Kempner ein Beamter des Reichsarbeitsministeriums in Frage komme. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, handelt es sich um den Ministerialdirektor Ritter im Reichsarbeitsministerium, der auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers zum Nachfolger des nach dem 20. Juni aus dem Amte scheidenden Staatssekretärs Kempner ernannt werden soll.

*

Oberreichsanwalt Werner und die Sozialdemokratie.

In demokratischen Kreisen ist mehrfach Beschwerde darüber geführt worden, daß die Demokratische Partei nichts getan habe, um die Ernennung des Geheimen Regierungsrats Werner zum Oberreichsanwalt zu verhindern. Gegenüber diesen Beschwerden muß darauf hingewiesen werden, daß von demokratischer Seite gegen die Ernennung Werners zum Oberreichsanwalt Bedenken erhoben worden sind. Diese Bedenken konnten aber nicht aufrecht erhalten werden, nachdem bekannt geworden war, daß namhaft sozialdemokratische Vertreter der preußischen Staatsregierung mit der Ernennung durchaus einverstanden waren, und daß ferner der frühere sozialdemokratische Reichsjustizminister Radbruch sich für die Ernennung Werners zum Oberreichsanwalt besonders eingesetzt hatte.

*

Landbundgelder für den „Stahlhelm“.

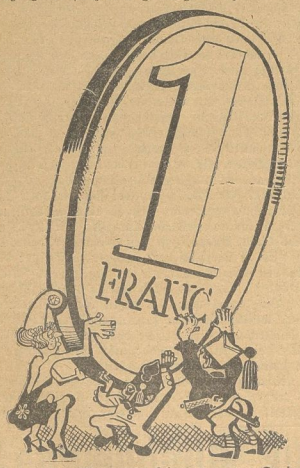
Der „Vorwärts“ brachte kürzlich ein Schreiben des Landbundes Pommern, Kreisgruppe Stolp, an die Mitglieder der Arbeitsgruppe, in dem es heißt:

„Die Leitung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Kreisgruppe Stolp, ist an uns mit der Bitte herangetreten, in den Kreisen unserer Mitglieder durch eine Geldsammlung die Bestrebungen des Stahlhelms zu unterstützen. Die Bewegung, die gerade in allerletzter Zeit im Kreise Stolp einen ganz erheblichen Aufschwung genommen hat, kann aus Mangel an Mitteln nicht in dem Maße weitergetrieben werden, wie es im Interesse der guten Sache notwendig erscheint. Die Bildung von Ortsgruppen auch in den kleinsten Ortschaften des Landkreises scheitert an diesem Umstand. Die jetzt in Aussicht genommene Aufnahme der sportlichen und militärischen Betätigung der Mitglieder des Stahlhelms erfordert sehr erhebliche Mittel, die allein von den Beiträgen nicht aufzubringen sind.“

Der Stahlhelm wird immer wieder als wirtschaftliche Organisation bezeichnet, die pommerschen Landbündler aber werden zur Hergabe von Unterstützungen angefordert, damit die sehr erheblichen Mittel für die militärische Betätigung des Stolper „Stahlhelms“ zusammenkommen. Der „Vorwärts“ setzt seiner Meldung noch die Bemerkung voran, daß vom Landbund erklärt worden sei, die Landwirte könnten das nötige Geld für die Steuern nicht aufbringen, und doch würden, wie sich zeigt, für politische Bestrebungen Summen ausgeworfen, mit denen die Steuerbeträge bequem zu decken wären.

Frankenstützungsaktion.

(Frankreich, Italien und Belgien haben einen Dreibund zur Stützung des stürzenden Frank gebildet.)



Marianne: „Wenn nur keiner von uns Dreien losläßt; dann fallen wir alle Dreie um!“

Bezirk Halle.

Beteiligung an der Volksabstimmung!

Die Beteiligung an der Abstimmung zum Volksentscheid ist angesichts des von den Rechtsverbänden geübten Terrors zur Pflicht geworden. Ihre Parole, „Stimmenthaltung“ ist eine unwürdige Beeinflussung der Ausübung staatsbürgerlichen Rechts, die durch ein am Abstimmungstage angedrohtes Kontroll- und Spionagesystem schon bestehende politische Gegensätze auf die Spitze treiben soll. Wohin müssen wir kommen, wenn durch derartige unlautere Mittel die Geheimhaltung der Stimmabgabe absichtlich zerschlagen und gewissermaßen automatisch jeder Abstimmende, unbesehen ob er mit Ja oder Nein gestimmt hat, öffentlich herabgesetzt werden soll! Zwischen Beamten, die auf ein Zusammenarbeiten angewiesen sind, zwischen Geschäftsleuten und Konsumenten müssen auf diese Weise wahrhaft unerträgliche Verhältnisse entstehen. Die üble Zeit öffentlich kontrollierter Stimmabgabe, wie sie früher zur preußischen Landtagswahl bestand, haben wir glücklicherweise hinter uns. Und den erneuten heimtückischen Versuch, der Freiheit des einzelnen Staatsbürgers wiederum Gewalt anzutun, darf kein aufrechter Mensch, wo er auch sonst politisch stehen mag, unterstützen. Gehe deshalb jeder am 20. Juni zur Volksabstimmung! Und wie man stimmen will, darüber entscheide jeder nach seiner eigenen inneren Ueberzeugung!

Die Parole der Deutschen Demokratischen Partei lautet: „Freiheit des Gewissens. Freiheit der Abstimmung. Jeder gehe zur Urne am 20. Juni.“

Paulus-Kirchenblatt und Volksentscheid.

In dem Artikel der vorigen Nummer „Kirche und Staatsbürgerrecht“, der sich mit einem im Paulus-Gemeindeblatt erschienenen Artikel gegen Beteiligung am Volksentscheid beschäftigt, wird zu Anfang gesagt: „Die Paulus-Gemeinde gibt ein Kirchenblatt heraus.“ Das entspricht nicht den Tatsachen. Das „Kirchenblatt für die Paulusgemeinde“, wie der Titel lautet, ist eine reine Privatsache des Herrn Pfarrer Bach. Weder die anderen Pastoren noch der Gemeindekirchenrat sind daran beteiligt, auch werden kirchliche Gelder dafür nicht in Anspruch genommen. Mehrfach ist Herrn Pfarrer Bach der Wunsch ausgesprochen worden, den Inhalt eines Blattes, das unter diesem Titel erscheint, vorher den anderen Pastoren oder dem Gemeindekirchenrat vorzulegen. Das ist immer von ihm abgelehnt worden. Somit ist Herr Pfarrer Bach allein für das Blatt und seinen Inhalt verantwortlich, auch für den bedauerlichen Artikel über den Volksentscheid, der die Kirche in politische Dinge hineinzieht.

Margarete Schrecker,
Mitglied des Gemeindekirchenrats St. Paulus.

Zur Fürstenenteignung.

bringt das vom „Bund freier Volkskirche“ herausgegebene Mitteilungsblatt „Mut und Kraft“ eine kleine Abhandlung, in der die Stellung der Kirche zu dieser heute umstrittenen Frage in einer u. E. wirklich christlichen Auffassung niedergelegt wird. Es heißt darin, nachdem eine Zusammenstellung der Ansichten für und wider vorangeschickt ist, in der gezogenen Schlußfolgerung folgendermaßen:

Also:

Gerade, wenn man versucht, vor Gott klar zu werden, dann zeigt sich, daß die Schwierigkeiten ungeheuer sind. Die Schwierigkeiten sind so groß, daß die Kirche niemals zu dem einzelnen sagen kann: So mußt du abstimmen. Die Kirche kann zu dem Stimmberechtigten nur sagen: Ringe vor Gott um die richtige Entscheidung, bitte darum, daß Gott dir den richtigen Weg zeige.

Das ist das, was die Kirche sagen kann. **Sie kann also nur dem einzelnen seine Entscheidung aufs Gewissen legen. Für ihn entscheiden oder ihn im Namen Gottes zu einer bestimmten Entscheidung zwingen, das kann sie nicht.**

In Wirklichkeit dürfte es so liegen, daß wir uns dem großen schuldvollen Zusammenhang des Geschehens nicht entziehen können, daß darum auch hier jeder schuldig wird, wie er auch abstimmt. Schuldlos kann keiner hervorgehen, ob er mit Ja, mit Nein oder gar nicht abstimmt.

Sicher

ist nur dies, daß die Kirche das Amt und den Auftrag hat, allen Menschen — also auch den Fürsten — zuzurufen: „Wenn ihr Nahrung und Kleidung habt, so lasset euch genügen; denn die da reich werden wollen, fallen in Versuchung und Stricke und viel törichte und schädliche Lüste“ (1. Thim. 6.) Und ferner hat sie allen Menschen, also auch den Fürsten, zu sagen: Opfert! Dient! Zeigt, daß ihr Diener des Volkes und nichts als Diener sein wollt.

Falkenberg (Bez. Halle). Die Ortsgruppe der D. V. P. hielt am Freitag, den 11. Juni 1926, ihre Monatsversammlung im Kaiserhof ab. Der Vorsitzende, Rektor Wunderlich, konnte einige neue Mitglieder begrüßen. Er machte dann Ausführungen zu den letzten politischen Ereignissen, der Regierungskrise, der Flaggenverordnung und zu dem am nächsten Sonntag stattfindenden Volksentscheid. Die anschließende Debatte gab rege Aussprache über die Stellung der einzelnen Parteien zum Volksentscheid und hob besonders hervor, daß die Mehrheit des deutschen Volkes über die Grundfragen der Fürstenabfindung und über das Einkommen und Vermögen der Fürsten sowohl vor als nach dem Volksentscheid nicht genügend orientiert sei. Allgemein bedauert man, daß in den ländlichen Bezirken nur ausgesprochen rechtsgerichtete Blätter, zu denen unter andern auch das Kreisblatt gehört, gelesen werden. Zur Verlesung gelangte dann der Aufruf des „Staatsbürgerlichen Ausschusses zur Förderung des Volksentscheids“, der in seinem Inhalt die Zustimmung der Versammelten fand. Die Anwesenden stimmten einem Schreiben zu, welches an die Parteileitung, die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion gerichtet werden soll, in welchem das Mißfallen zum Ausdruck gebracht wird, daß in letzter Zeit wieder führende Stellen — Oberreichsanwalt, Generaldirektor der Reichsbahn, Präsident des Landesfinanzamtes des Freistaates Sachsen und Gesandtschaftsposten in Bukarest — mit ausschließlich rechtsgerichteten Männern besetzt worden seien. Wo bleibt da die „Demokratisierung der Verwaltung?“ Festgelegt wurde, die nächste Mitgliederversammlung am 9. Juli d. J. im Kaiserhof abzuhalten. In der Mitte des Monats will man versuchen, ein Zusammenkommen am Stammtisch einzurichten.

D. D. P. Halle.

Heute
Sonnabend, den 19. Juni
spricht
Staatsminister
Dr. Schreiber
im oberen „Thaliasaal“.

Beginn der Mitglieder-Versammlung
abends 8 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19260619-17/fragment/page=0004

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 55 Goldpfennig monatlich zuzüglich 6 Goldpfennig Postzustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen alle zuständigen Postämter, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.

Anzeigenpreis: Für die zehngespaltene Millimeter=Zeile 10 Goldpfennig. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Anzeigen=Annahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser", Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. Fernsprecher Nr. 1277.

Nummer 25 — **Halle (S.), 19. Juni 1926** — **2. Jahrgang**

Pan=Europa.

Eine Fata morgana — Brasiliens Austritt aus dem Völkerbunde — Washington billigt es — Senator Borah — Kündigungsgelüste in China und Persien — Auflösungsprozeß? — Selbstzerfleischung Europas — Der schweizerisch=italienische Konflikt — Der englisch=russische Streit — Zurück zu Locarno — Kabinettskrisen in Wien und Prag — Polnisches Drüber und Drunter — Der Sturz Briands — Währungszerfall — Dem Volksentscheid entgegen — Zentrums=Disziplin — Herr Marx.

Nur ganz zaghaft hat sich das Schlagwort Pan=Europa in die öffentliche Erörterung hineingedrängt. Es ist das Ideal von übermorgen und sicher ein Gedanke, der in der Zukunft nicht aus der leidenschaftlichen Begeisterung der Völker, sondern unter dem eisernen Zwang der Notwendigkeiten einmal Formen gewinnen kann. Heute ist er nur eine Fata morgana, die am Himmel auftaucht und wieder verschwindet. Wenn man trotzdem ihm einige Worte zu widmen hat, so geschieht es, weil dieser Gedanke plötzlich mit einem negativen Vorzeichen zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Nicht die Völker des alten Kontinents haben plötzlich die sittliche Kraft gewonnen, sich über ihre Streitigkeiten zu erheben, und das Gemeinsame bewußt und deutlich zu betonen, sondern umgekehrt, die übrigen Erdteile stoßen Europa geradezu gewaltsam in eine Selbstbesinnung hinein, die vielleicht einmal Folgen haben wird. Vielleicht nicht sicher. Jedenfalls geht von Genf heute ein Serpentinweg in ungezählten Windungen auf die Höhe, auf der einsam dann Europa tronen wird.

Der Austritt Brasiliens aus dem Völkerbunde kann nicht gleichgültig aufgenommen werden. Gewiß, auch Argentinien hat vor nicht zu langer Zeit den gleichen Schritt getan und trotzdem jetzt den Rückweg gefunden, aber die neue Krise greift tiefer, sie greift an die Wurzeln der ganzen mühsam genug geschaffenen Einrichtung in Genf. Es ist nicht nur Herr Borah, der unermüdliche Vorkämpfer gegen die Beteiligung der Vereinigten Saaten an Völkerbund und Weltschiedsgerichtshof, sondern auch die Washingtoner Regierung selbst, die zum mindesten dem Verhalten Brasiliens freundlichen Beifall spendet. Borah kleidete seine Anschauungen in die Worte, Pan=Amerika habe am Genfer See nichts zu suchen. Dort solle Europa seine eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung ordnen. Das ist die alte Manroe=Doktrin, die in neuer Form Leben gewinnt. Sie ist in der Tat der schärfste Gegensatz zu jenen Akten, die in Versailles unter Mitarbeit Wilsons fertiggestellt und dann vom Volke der Union verworfen wurden. Amerika den Amerikanern, wie jene Parole lautet, heißt zugleich: Neutralität gegenüber dem Heimaterdteil Europa. Diese Bewegung wächst zusehens. Man darf bei uns nicht vergessen, daß amerikanisches Siegesgefühl, genährt noch durch die überlegene wirtschaftliche Kraft, und den ungeheuren Reichtum an Bodenschätzen, unseren Kontinent immer als etwas nachgeordnetes empfindet. Ein mitleidiges Lächeln, gemildert durch die Erkenntnis, daß man Deutschland, Frankreich, Italien — England sieht man nicht als europäische Macht, sondern als Weltstaat an — als Käufer braucht.

Brasiliens Austritt kann sehr wohl das ganze Gehege [illegible]ern, kann es namentlich, wenn ein Druck von Washington auch andere südamerikanische Nationen zu gleichem Vorgehen veranlaßt. Noch ist es nicht so weit, Argentinien und Chile, Uruguay, Peru, um nur einige zu nennen halten am Völkerbunde fest, aber niemand kann sagen, wie lange sie einem pan=amerikanischen Drängen Widerstand leisten. Nun häufen sich auch die Meldungen über [illegible]liche Abdankungsgelüste in Asien. China ist höllisch unzufrieden mit der viel zu geringen Beachtung, die ihm geschenkt wird und droht, die Tür in Genf hinter sich zuzu[illegible]fen. Persien scheint eine ähnliche Neigung zu empfinden. Damit beginnt der Auflösungsprozeß, und es ist richtig, daß man sich auf diese Möglichkeit einstellt, [illegible] wenn man sie noch nicht als eine Tatsache verzeichnet.

Was bedeutet ein solcher Zerfall des Völkerbundes für uns? Sicherlich ist der große Gedanke, der vielleicht eine gewaltige Umwälzung in der Geschichte der Menschheit darstellt, damit auf Jahrzehnte, wahrscheinlich auf Jahrhunderte begraben. Aber Realpolitik wird das nicht [illegible]tal bedauern können. Die Konstruktion des Völkerbundes war von vornherein verfehlt. Man baut kein Haus vom Dach her, wie es geschehen ist. Das Fundament war nicht fest genug gelegt. Die Krisen mußten [illegible]ßen, da Europa in sich viel zu uneinig war, um seinen Willen entschlossen zur Geltung zu bringen. Vorsicht hätte geboten, daß man erst den ernstlichen Versuch machte, die [illegible]en Gegensätze in Europa selbst zu beseitigen. Solche Bemühungen wurden verabsäumt und sind erst nachträglich greifbar geworden. Vor allem aber fehlte von Anfang an Rußland, das vorläufig keinen Einfluß auf die übrigen Kontinental=Staaten ausübt, aber dank seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Tages ein entscheidendes Wort sprechen wird, wenn der Bolschewismus als System, namentlich im Handel, seinen Abbau vollzogen hat. Das ist keine Phantasie, denn die ersten Schritte dazu sind bereits getan worden, und der Kapitalmangel wird diese Entwicklung gegen die Neigungen der Diktatoren in Moskau beschleunigen. Dann wird dieses ungeheure Gebiet das Rohstoff=Reservoir und tritt an die Stelle der Vereinigten Staaten.

Wohin wir in Europa blicken, überall begegnen wir dem Nationalitäten=Hader, der geradezu Selbstzerfleischung ist. Die kleine Entente, die jetzt wieder erneuert wurde, hat eine scharfe Frontstellung gegen Ungarn und gegen Rußland, die baltischen Staaten sind zwar untereinander etwas enger verknüpft worden, sind aber schließlich auch nur eine Kampforganisation gegen die Sowjets und bis zu einem gewissen Grade auch gegen Litauen. Zwischen der Schweiz und Italien haben sich erst in den letzten Tagen die Gegensätze wieder verschärft, woran einige fascistische Ausschreitungen in Genf die Schuld tragen. Das Schweizer Konsulat in Holland wird auch ein Zeichen der Zeit, von Doppelposten bewacht. Dazu die Ansprüche Italiens auf das Tessiner Gebiet, die ja schon bei den Locarnoer Verhandlungen eine gewisse Rolle gespielt haben. Neuerdings noch der Konflikt Englands und Rußlands wegen der Unterstützung, die die Bolschewisten mit Billigung ihrer Regierung den streikenden Arbeitern Englands haben zuteil werden lassen. So behutsam der Notenwechsel von beiden Seiten geführt wird, schließt er doch die Gefahr eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen und einer Kündigung des Handelsabkommens in sich.

Das Enfant terrible des Völkerbundes.

Mello Franco, der Vertreter Brasiliens.

Das einzige Aktivum ist der Locarno=Vertrag, zu dem sich Briand erst in seiner letzten Rede wieder mit besonderem Nachdruck bekannte. Schon damals schrieben wir an dieser Stelle, daß der Sicherheitspakt durchaus geeignet sei, einmal nach dem Zusammenbruch des Völkerbundsgedankens als Grundlage für den Aufbau Europas zu dienen. Wahrscheinlich sind wir von diesem Zeitpunkt gar nicht mehr so weit entfernt. Auf jeden Fall soll man jetzt an diesen Abmachungen Deutschlands und der Westmächte entschlossen festhalten, um von hier aus weiter zu greifen. Es kann sehr wohl der Kern einer engeren Fühlungnahme der europäischen Staaten werden. Ein Anschluß Hollands und Skandinaviens, auch der Schweiz wäre durchaus denkbar. Dann haben wir auch die Möglichkeit, die Angelegenheiten zu ordnen, die Jahrhunderte hindurch dank der Uneinigkeit der Großmächte jeder vernünftigen Regelung widerstrebt haben. In erster Linie handelt es sich dabei um den Balkan und die österreichischen Nachfolgestaaten.

Ueber eines muß man sich aber dabei klar sein. Zunächst haben fast alle Staaten mit sich selbst genug zu tun. In England ist der Bruch zwischen der Arbeiterpartei und der Regierung erfolgt, nachdem sich Baldwin für den Achtstundentag im Bergbau eingesetzt hat. Parlamentarisch ist das für das Kabinett ungefährlich, aber die Nachfragen haben gezeigt, daß die Stimmung sehr weit nach links geht, und daß eine Auflösung des Unterhauses eine völlige Verabschiedung der Mehrheitsverhältnisse herbeiführen kann, zumal die Liberalen nach ihrer Spaltung in einen Asquith=Flügel und eine Lloyd George=Gruppe zur Ohnmacht verurteilt sind.

In Oesterreich steht eine neue Krise unmittelbar bevor, da die Sozialisten in schärfster Opposition gegen den Bundeskanzler Ramek getreten sind wegen des Schulkompromisses, ein Konflikt, der vermutlich den Sturz des jetzigen Kultusministers zur Folge haben wird. Aehnlich entwickeln sich die Dinge in Prag, wo die Nationaldemokraten den zu ihnen gehörenden Außenminister Benesch aus dem Kabinett Czerny ziehen wollen, um zu einem offnen Angriff übergehen zu können. Ganz verworren
[illegible] Sozialisten dem
[illegible]haft gekündigt.
[illegible] Wirklichkeit der
[illegible]ieht nun Bartel
[illegible]ber bedeutet eine
[illegible] nun wieder in
[illegible] Die deutschen
[illegible]Druck, und das
[illegible]e Deutsch=Schar
[illegible]nden Terrorakte.
[illegible]ten, nachdem der
[illegible]olgen die einzige
[illegible]ielleich kehrt der
[illegible]n dort ein Ruck
[illegible]itik nicht sonder
[illegible]chaft einer Ver
[illegible] reicht als etwa
[illegible]kreich auf lange
[illegible] in Anspruch ge
[illegible]etroffen wurden,
[illegible]icherheit voraus
[illegible] handelt, die bei
[illegible]bürdig, wie we
[illegible]Erfahrungen ler
[illegible]tlichen Nachbar
[illegible] Mitleidenschaft
[illegible]ganz bestimmter
[illegible]ebt. Rußland,
Oesterreich, Deutschland, die Tschechoslowakei, Italien und jetzt die beiden Frankenstaaten. Darin liegt schon ein tieferer Sinn. Man kann es auch die Linie der Kriegsopfer nennen. Erst fielen die Besiegten, dann die Sieger.

Bei uns herrscht noch einige Tage Ruhe. Nur der Kampf um den Volksentscheid tobt draußen im Lande und zerreißt das deutsche Volk durch eine leidenschaftlich gesteigerte Agitation. Der Ausgang ist ungewiß. Im allgemeinen wird man annehmen dürfen, daß der Volksentscheid nicht siegreich endet. Namentlich das Zentrum geht jetzt gegen seine Angehörigen vor, die sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ausgesprochen haben. Die Oeffentlichkeit der Abstimmung öffnet dem Boykott Tor und Tür. Hoffentlich werden diese Unanständigkeiten den Gesetzgebern recht bald nahelegen, eine andere Regelung als die bisherige zu treffen. Was nach dem 20. Juni kommt, weiß niemand. Die letzten Taten des Herrn Marx haben jedenfalls nirgends Befriedigung erwecken können, und das Vorgehen des Zentrumsführers von Guerard gegen den eigenen Kanzler zeigt, daß wir in kurzem, spätestens zum Herbst, mit einer Umbildung der Regierung zu rechnen haben.

Richard May.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16761780X19260619-17/fragment/page=0005